

Anreden

Die Thematik hat die Kommission gefordert. Diskutiert wurde über Prozessabläufe, Datenschutz wie auch Fragen von Zuständigkeiten. Viele Details wurden intensiv, aber konstruktiv besprochen.

Zusätzlich gefordert war die Kommission auch, da gleich zwei Thematiken in die gleiche Kommissionsarbeit eingeflossen sind, da neben der eigentlichen Hauptregelung, der Überwachung von missbräuchlichem Sozialhilfebezug, der Regierungsrat - eine Einfache Anfrage von diesem Frühling zu Flüchtenden gleich mit integriert hat in die Gesetzesüberarbeitung.

Das unterschiedliche Thematiken im gleichen Gesetz gleichzeitig behandelt und verknüpft werden ist effizient, kann aber auch mal schiefgehen. Bern lässt grüssen. Hoffen wir, dass die Diskussion in der Debatte heute so klar ist, dass in allen Gemeinden alle dasselbe unter der Anwendung der Gesetzesparagrafen, insbesondere des Paragraphen 19b verstehen und Schuldanerkennungen durchaus gleich wie bei allen Inländern, aber nur ausserhalb des Zweckes der Bundespauschalen Anwendung finden. Sprich für die Zeit der verordneten Nichterwerbsmöglichkeit von Asylbewerbern – also für die Zeit wo die Gemeinde Globalpauschalen erhalten, sollen sowohl Erträge wie Ausgaben unter diesem Titel nicht zurückgefordert werden. Das wird auch seit Jahren an vielen Orten so gemacht. Offenbar agieren aber noch nicht alle Gemeinden genau gleich, was zu hitzigen Gesprächen geführt hat.

Die Meinungen gehen auch nach der Kommissionsarbeit auseinander, ob die Handhabung zu einer nicht nur korrekten, sondern auch im Sinne der Erfindung der Globalpauschalen erwünschten Umsetzung - letztlich über Weisungsblätter und Ausbildungsaustausch gelingt oder, da nicht alle Gemeinden gleichermassen handeln, es auf Verordnungs- oder Gesetzesebene weiterer Klärung, ja Anträgen bedarf.

Wem gesetzlich auf Zeit untersagt worden ist, für den eigenen Erwerb und ein Dach über dem Kopf zu sorgen, soll während dieser Zeit über Globalpauschalen versorgt werden und darf nicht später eine Rechnung für diese behördlich verordnete Massnahme bekommen.

So wie jetzt in der Kommissionsfassung formuliert, sollte es allen Beteiligten Spielraum geben, obigen Grundsatz ob gesetzlich erlaubt oder nicht, schlicht nicht zu verletzen.

Insgesamt darf allen Kommissionskolleginnen und Kollegen für den Bereich des Sozialmissbrauchs attestiert werden, dass gemeinsam nach guten Lösungen gesucht wurde, welche im Einklang der Motionsüberweisung, eine Verbesserung der Situation – sprich Betrug abstellen will, jedoch die Verhältnismässigkeit beim Kosten- /

Nutzenverhältnis wie die Achtung der Persönlichkeitsrechte wahrt. Diese Grundsätze waren in der Kommission spürbar.

Betrug in der Sozialhilfe ist kein Kavaliersdelikt, da alle, welche zurecht darauf angewiesen sind, wie auch die Allgemeinheit, haben ein Recht darauf, dass offensichtlicher Missbrauch in der Vergangenheit, in der Zukunft von derselben Person hoffentlich nicht mehr begangen werden kann. Observation darf aber nicht leichtfertig eingesetzt werden. Das führt zum Misstrauensstaat. Hier gilt es massvoll mit dem Instrument umzugehen und den Einsatz über 5 Jahre zu überprüfen.

Das vorliegende Gesetz - in der Fassung der Kommission – wird seitens der glp Fraktion, wenn auch nicht geschlossen, unterstützt, bedarf aber im Paragraph 19 b noch einer klärenden Diskussion.

Besten Dank dem Kommissionspräsidenten und den Kolleginnen und Kollegen für die Arbeit, wie auch dem Amt und dem Regierungsrat für die Ausführungen welche für die Erarbeitung geholfen haben.

477 Worte

Detailberatung zu Paragraph 19b:

Die Thematik ist hochkomplex, da sich Sozialhilfe mit Globalpauschalen für Integrationshilfe mischen und zusätzlich einige Fragen von Verbuchungspraktiken bei den einzelnen Gemeinden stellen. Ob es vor diesem Hintergrund gut und sinnvoll war, es jetzt zu regeln ist wie gesagt effizient, aber der vertrauensbildende Prozess kam etwas gar kurz.

Da die Flüchtenden per Gesetz **nicht** für ihren eigenen Lebensunterhalt sorgen können, ist es allein schon unter humanitären Gesichtspunkten richtig, dass wer für ein Verbot sorgt, auch für die Finanzierung aufkommt. Das macht der Bund. Mit den Globalpauschalen. Es wäre moralisch schwierig jemanden zu Erwerbslosigkeit zu zwingen um später dann, die notwendigen aufgeworfenen Mittel für diese Zeit der erzwungenen Erwerbslosigkeit in Rechnung zu stellen. **Das macht der Bund nicht, der Kanton nicht und sollten deshalb auch die Gemeinden nicht machen. Keine.**

Ja, Flüchtlinge sollen nicht bessergestellt werden, wie andere Sozialhilfebezüger und ja, es darf nicht sein, dass man solche Bundespauschalen - quasi Direktzahlungen an die Gemeinden der individuellen Schuldanerkennung anrechnen kann.

Es gilt ganz klar festzuhalten, dass keine rückforderbare Schuld aus Sozialhilfe oder obligatorischen Krankenkassenprämien der Gemeinden anfallen sollten, so lange Globalpauschalen des Bundes für diese Person seitens Bund ausgerichtet werden.

Der Paragraph spricht von Staatsbeiträgen. Gemäss Staatsbeitragsgesetz sind solche Staatsbeiträge **Abgeltungen**, welche die finanziellen Lasten mildern oder ausgleichen sollen, die sich aus der Erfüllung gesetzlich vorgeschriebener Aufgaben ergeben (hier das Verbot auf Erwerb), die auf eine Empfängerin oder einen Empfänger ausserhalb der kantonalen Verwaltung übertragen werden. Wichtig: Diese Beiträge sind nicht rückzahlbar, aber zweckgebunden zu verwenden. Nicht rückzahlbar für Empfänger, auch den Endempfänger.

Beides ist einzuhalten und kann man mit dem Gesetzesparagraphen.

Diese Bundesgelder sind ganz bewusst Pauschalen. Sprich die Höhe der Gelder ist genau gleich hoch, ob die Gemeinde in Genf oder Tägerwil einen Betroffenen integriert. Dass zeigt schön, dass es wenig sinnvoll ist, aus diesen Geldern ein individuelles Zusatzrecht oder eine Zusatzpflicht abzuleiten. Es ist mehr eine Objektfinanzierung statt Subjektfinanzierung.

Es ist deshalb richtig und auch zielführend, dass die Gemeinde quasi über einen zweckgebundenen Topf im Sinne einer Objektfinanzierung verfügen soll, so dass Einnahmen und Ausgaben von Flüchtenden darüber laufen können. Zweckgebunden, so dass das Geld nur für diese Gruppe eingesetzt werden kann. Das würde auch über einen Spezialfonds gehen. Die Kommission hat jedoch Vertrauen in die Gemeinden,

dass diese auch so eine richtige Kontierung nach HRM2 machen um nicht in den Gemeindeordnungen einen weiteren Spezialfonds einrichten zu müssen.

Neu ist und das ist gut, dass die zweckgebundenheit im Gesetz steht.

In Rechnung gestellt werden darf - und soll nach wie vor, wie bei jedem anderen Sozialhilfeempfänger auch, andere aufgewendete Leistungen, welche nicht über diese zeitlich pro Asylbewerber klar definierte Bundessubventionen abgedeckt werden. Schuldanerkennung ja, aber nicht für die Leistung der Bundesgelder & nur da wo verhältnismässig und sinnvoll.

Ich weiss, dass ganz viele Gemeinden schon jetzt mit oder ohne Paragraph 19b korrekt umsetzen und grosse Mühe mit dieser Debatte haben, da diese aus Ihrer Sicht unnötig ist. Sie ist wohl aber nötig, um den Grundsatz nochmals klar zu machen, dass nicht doppelt bezahlt werden soll und damit eine Schuldenfalle für Asylbewerber in Gang setzt.

Wir sehen als glp Fraktion den Regierungsrat sowie die Gemeindevertreter hier im Saal, wie auch den VTG über Weiterbildungen besonders in der Pflicht, dass diese HRM2 Verrechnungspraxis überall greift. Besten Dank im Vornderein hierfür.

Gleichzeitig erwartet die glp aufgrund kontroverser Meinungen über den Umsetzungsstand in der Praxis eine deutliche Zusicherung des Regierungsrates dafür zu Sorgen, dass diese Staatsbeiträge nicht doppelte Einnahmen zulassen, wo sowohl die Asylbewerber, wie der Bund für die gleiche Leistung aufkommen soll. Das kann nicht, ist nicht im Sinne des Erfinders und nicht nur rechtlich, sondern wäre vorallem moralisch und menschlich schwer nachvollziehbar.

Ob es zu diesem Paragraphen 19b noch einen zweiten neuen Absatz braucht, bleibt wohl bis zur zweiten Lesung offen. Rechtlich scheint er nicht notwendig. Aber schaden kann er, aufgrund der fehlenden Zeit der Vertrauensbildung wohl auch nicht. Einen entsprechend formulierten Antrag würden wir in der Schlussabstimmung als glp voraussichtlich unterstützen, falls keine zustimmenden Voten aus der Regierung der nicht Berücksichtigung der Globalpauschalleistungen für Schuldanerkennung kommen.

Unter diesen Voraussetzungen, dieser Lesart kann auch die glp gut zustimmen.